

Brutal gerazzt und trotzdem da
Zu den Durchsuchungen in Nürnberg und Umgebung

ID 141465

<https://www.freie-radios.net/141465> || 20260318.brutalgerazz.141465.mp3

Am frühen Morgen des 11. März 2026 wurden 24 Wohnungen von Hunderten Einsatzkräften der Polizei sowie Spezialkräften durchsucht. Der Großteil der Durchsuchungen fand in Nürnberg und Mittelfranken statt. Zahlreiche Laptops, Handys, Speichermedien und Kleidung wurde beschlagnahmt, Räumlichkeiten verwüstet. Den Beschluss hatte das Amtsgericht Nürnberg ausgestellt, wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs auf einer Demonstration am 26. April 2026. Andere Vorwürfe wurden nicht erhoben. Mehr über die Dimensionen der Durchsuchungen hört ihr hier.

Dieser Beitrag ist Teil der Antifa-News für den 19. März 2026.

Audio

07:15 min, 17 MB, mp3

mp3, 320 kbit/s, Stereo (44100 kHz)

Upload vom 18.03.2026 / 22:49

Author/s: Tagesaktuelle Redaktion

Radio: corax, Halle im www

Production Date: 18.03.2026

CC BY-NC-SA

Creative Commons BY-NC-SA

Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen erwünscht

TRANSKRIPT:

An diesem 26. April protestierten über 2000 Menschen gegen eine Veranstaltung der faschistischen Vernetzungsplattform Gemeinsam für Deutschland in Nürnberg. Die Plattform ruft monatlich zu Protesten auf, wie das Neue Deutschland berichtet. Für den 26. April mobilisierte das GfD zu einem Aktionstag, auch nach Nürnberg. Dem stellten sich Nürnberger Linke entgegen.

Ein breites Bündnis rund um Verdi, Bündnis Nazistopp, VVN-BdA und Roten Gruppen brachten die über 2000 Personen gegen die Demo von Gemeinsam für Deutschland auf die Straße. Martin Schmalzbauer, Gewerkschaftssekretär von Verdi beim Bezirk Oberfranken Ost, blickt auf das Geschehen im letzten Jahr zurück.

"In dieser Größenordnung zum ersten Mal gelungen ist, diesen Aufmarsch zu blockieren. Und das waren große Erfolge in Nürnberg, der auch eine große Mobilisierung für die Proteste danach ausgelöst hat. Und was wir jetzt erleben, ist sozusagen eine üble Form des Nachtritens gegen diesen großen Erfolg dieses breiten zivilgesellschaftlichen Engagements hier in der Stadt."

Die Polizei reagierte harsch auf die friedlichen Sitzblockaden. Mit unter anderem Schlagstöcken und Pfefferspray wurden 68 GegendemonstrantInnen verletzt. Es kamen zu zahlreichen Anzeigen. Knapp zehn Monate später

lässt der Staatsschutz die Wohnungen von mutmaßlichen Demoteilnehmer*innen durchsuchen. Der Grund: Angriffe auf Polizeibeamte. Der Großteil der Durchsuchungen fand in Nürnberg und Umgebung statt. Es wurden aber auch Wohnungen in Leipzig, Passau, Senden und Münster durchsucht. In einem Fall sogar ohne richterlichen Beschluss, da Gefahr im Verzug sei.

In einer Pressemitteilung der Roten Hilfe wird das Vorgehen der Einsatzkräfte eindrücklich beschrieben.

"Das brachiale polizeiliche Vorgehen ließ die insgesamt 24 Wohnungen nicht nur verwüstet zurück, indem der Inhalt von Schränken und Regalen weiträumig verstreut wurde, sondern richtete zum Teil beträchtlichen Sachschaden an. Unter anderem brachen die Einsatzkräfte in mindestens zwei Fällen die Türen auf. Bei den Durchsuchungen beschlagnahmten sie in erster Linie Handys, Laptops, Datenträger sowie angebliche Tatkleidung. Oft bedrohten die BeamtInnen die AktivistInnen mit weiteren Maßnahmen und versuchten sie dadurch zu zwingen, ihnen gesuchte Gegenstände freiwillig auszuhandigen. Mehrere Betroffene wurden anschließend zur erkennungsdienstlichen Behandlung aufs Polizeirevier mitgenommen."

Auch Martin Schmeißbauer berichtet im Gespräch eindrücklich von überzogenen Maßnahmen bei den Durchsuchungen. Eine der Betroffenen wurde sogar auf ihre Arbeit von der Polizei überrascht.

"Und dann sind sie halt auch bei einer Kollegin von uns im Klinikum auf der Station in sozusagen Kampfmontur aufmarschiert. Und das hat natürlich auch nochmal eine Besonderheit, weil das natürlich auch für die KollegInnen, für die PatientInnen dort ein Riesenproblem darstellt, wenn auf einmal so ein Polizeitruup in die Station reinmarschiert und man gar nicht weiß, um was es geht. Und es ging letztendlich nur darum, ein Handy zu konfiszieren und es ging darum, Kleidungsstücke zu konfiszieren, die angeblich irgendwelches Beweismaterial sein sollen. Und das ist natürlich eine völlig absurde und überzogene Maßnahme, selbst in einem Klinikum so eine Aktion durchzuführen."

Die Kritik am Vorgehen der Einsatzkräfte ist laut und deutlich, besonders, weil die Vorwürfe nur schwer in ein Verhältnis zu der Großrazzia stehen. Insgesamt acht Beamte sollen am Tag der Demonstration verletzt worden sein. Vielen der Beschuldigten wird gar keine Teilnahme an einer gemeinsamen Aktion vorgeworfen. Gerechtfertigt wird die Großrazzia mit dem Vorwurf des Landfriedensbruchs. Laut Gesetzestext ist dieser definiert als Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen aus einer Menge heraus, die die öffentliche Sicherheit gefährden und mit vereinten Kräften begangen werden. In manchen Fällen der Hausdurchsuchung ist aber nicht einmal klar, was genau den Betroffenen vorgeworfen wird. Im "Neuen Deutschland" macht Hendrik Pachinger auf Vergleiche zum Rondenbach-Verfahren aufmerksam. Auch in diesem kürzlich abgeschlossenen Verfahren wurden 86 Betroffenen Landfriedensbruch vorgeworfen. Auch hier war der Grund die bloße Teilnahme an einer Demonstration. und keine individuelle Straftat.

Martin Schmalzbauer von Verdi findet im Gespräch klare Worte zum Vorgehen in Nürnberg.

"Also wir haben erst mal grundsätzlich Vorwürfe, die völlig überzogen sind. Ja, es ging bei der Aktion darum, einen Nazi-Aufmarsch zu blockieren, das beinhaltet auch, mal an einer Polizeikette vorbeizugehen. Aber es wird immer abstrakt von Gewalt gesprochen. Worum ging es denn

eigentlich? Es ging darum, die Gewalt, die ständig von Neonazis ausgeht, in einer gewissen Form einzuschränken. Durch ein öffentliches zivilgesellschaftliches Engagement Und was wir jetzt erleben, ist Terror der Polizei? Die selber sagt, sie haben keine konkreten Anlässe, was sie jetzt da genau suchen, sondern sie wollen Informationen. Angst einjagen, sie wollen irgendwie Probleme produzieren und dazu gehört es dann natürlich auch, in Wohngemeinschaften reinzugehen und alle Mitbewohner einschließlich alter kranker Menschen stundenlang mit Polizeibeamten zu terrorisieren? Was bedeutet das für die Kolleginnen, für die Patientinnen dort? Und es geht einfach nur darum, unter strafrechtlich überhaupt nicht haltbaren Vorwürfen hier Probleme zu konstruieren und Informationen zu sammeln."

Gegen dieses harsche Vorgehen sprachen sich nicht nur Martin Schmalzbauer und die Rote Hilfe aus. Bereits am Tag der Durchsuchungen versammelten sich über 2000 Menschen in Nürnberg, um sich solidarisch mit den Betroffenen zu zeigen. Verschiedene Initiativen kritisierten das Vorgehen der Einsatzkräfte scharf. Und die Proteste gegen die faschistischen Aufmärsche der Plattform Gemeinsam für Deutschland, die immer noch fast wöchentlich Kundgebungen in Nürnberg abhalten, gehen weiter.

Wie einschneidend die Großrazzia von letzter Woche ist, markiert zum Abschluss noch mal Hartmut Brückner, der im Bundesvorstand der Roten Hilfe sitzt, deutlich.

!Diese Großrazzia ist ein neuer Höhepunkt staatlicher Verfolgungswut gegen alle, die gegen rechte Umtriebe Stellung beziehen und sich an antifaschistischen Gegenprotesten beteiligen. Der bloße Verdacht des Landesfriedensbruchs reicht den bayerischen Repressionsorganen aus, um derartige tiefgreifende Grundrechtseingriffe durchzuführen und elementare Persönlichkeitsrechte zu verletzen. Mit diesem Vorgehen werden engagierte AntifaschistInnen für vogelfrei erklärt. Das traumatisierende Eindringen in die Wohnung, die Verletzung der Privatsphäre, Bedrohung Um Beschlagnahme zahlreicher kostspieliger elektronischer Gegenstände. Das soll die antifaschistische Bewegung und linke Demonstranten einschüchtern und von weiteren Protesten abhalten. Das Signal des Staates ist klar. Wer an unbequemen Versammlungen teilnimmt, muss mit brutalen polizeilichen Übergriffen rechnen – sogar in der vom Grundgesetz geschützten Wohnung. Gegen den Angriff der Repressionsbehörden ist unsere Solidarität wichtiger denn je. Wir stehen an der Seite aller betroffenen Aktivist:innen. Wir sind alle Antifa!"